



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Kalte Strukturreform der Krankenhäuser verhindern - Gesundheitliche Daseinsvorsorge im Land sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,
 - a. dass die Situation der Krankenhäuser mit steigenden Defiziten im Land zunehmend schwieriger wird.
 - b. dass das angekündigte Transparenzgesetz und die ausstehende Krankenhausreform des Bundes für viele Unsicherheiten bei den Trägern der Krankenhäuser, den Landkreisen und kreisfreien Städten als auch bei den Beschäftigten und den Patient:innen sorgen.
 - c. dass ein weiteres Abwarten im Land nur zu weiteren Schließungen von Stationen bis hin zu Insolvenzen ganzer Krankenhäuser führen wird.
 - d. dass Insolvenzverfahren eine kalte Strukturreform darstellen und damit eine Krankenhausplanung irrelevant werden wird.
 - e. dass den Ärzt:innen und allen pflegerischen Fachkräften im Land ein deutliches Signal gesendet werden muss, dass wir jede:n Einzelne:n von ihnen brauchen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a. Landesbürgschaften für Krankenhausstandorte zu ermöglichen, um die Finanzierung der Krankenhäuser vorübergehend zu sichern, bis die Bundesreform greift.
 - b. einen Krankenhausentwicklungsplan zu erstellen, der die wirklichen Gegebenheiten der Gesundheitsversorgung im Flächenland Sachsen-Anhalt berücksichtigt.

- c. zu prüfen, inwiefern für den Krankenhausentwicklungsplan das Land bzgl. der Standorte und Leistungsangebote in fünf Planungsregionen identisch mit den Landesplanungsregionen aufteilbar ist.
- d. für die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft eine Übergangszeit von mindestens fünf Jahren festzulegen, in der auch aufgelöste Leistungen refinanziert werden.
- e. bei der Krankenhausentwicklungsplanung ambulante und stationäre Versorgung zusammen mit Rettungsdienst zu beplanen.

Begründung

Die Krankenhäuser im Land verzeichnen nach wie vor ein wachsendes Defizit. Inflation, Folgen des Ukraine-Krieges, fehlende Investitionen des Landes aber eben auch das unsolidarische System der Fallpauschalen verschärfen ihre Situation täglich. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung seit langem Reformen ankündigt, welche aber weder zu Ende gedacht sind noch absehbar umgesetzt werden. Diese Situation verunsichert alle: Träger der Krankenhäuser, Mitarbeitende und Patient:innen. Ferner kommt es immer wieder zu Schließungen von Stationen, wie zuletzt in Halberstadt die Geburtsstation. In anderen Regionen wie Genthin und Havelberg sind Schließungen schon längst vollzogen, und es gibt keine genauen Aussichten, wann dort eine adäquate stationäre Versorgung wieder ermöglicht wird.

Sachsen-Anhalt muss als Flächenland seinen eigenen Weg finden, wie eine gute Krankenhausentwicklung mit Beachtung der demografischen Situation geplant wird. Diese muss umgehend beginnen, bevor weitere Schließungen und Insolvenzen einsetzen und eine kalte Strukturbereinigung zu weiteren unterversorgten Regionen führen wird. Die Landesregierung ist aufgefordert, jetzt zu handeln, und nicht noch länger auf den Bund zu warten. Dann kann es zu spät sein!

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz